

# Merseburger Kreisblatt

## Tageblatt für Stadt und Land.



(Amtliches Organ der Merseburger Kreis-Verwaltung.)

Gratis-Beilage: „Illustrirtes Sonntagsblatt.“

Das „Merseburger Kreisblatt“ erscheint täglich Nachmittags 3 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Abonnementspreis**  
vierteljährlich mit „Illustrirtem Sonntagsblatt“ bei den Ausbringern 1,40 Mk., in den Verkaufsstellen 1,20 Mk., beim Postträger 1,50 Mk., mit Landbriefträger-Befehlsgeld 1,95 Mk.  
Die einzelne Nr. wird mit 10 Pf. berechnet.  
Redaktion und Expedition: Altenburger Schulpl. 5.

**Anzeigen-Nachnahme**  
für die Tagesnummer bis 9 Uhr Sonntags, größere Anzeigen werden möglichst tags zuvor erbeten.

**Insertions-Gebühr**  
für die 4gespaltene Raumzeile oder deren Raum für Merseburg und Umgegend 10 Pf., für auswärtig 12 Pf., für periodische u. größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung nach Vereinbarung. Komplexierter Satz wird entsprechend höher berechnet. Notizen und Notizen außerhalb des Inseratenpreises 30 Pf., Beilagen nach Uebereinkunft.  
Sämtliche Annoncen-Bureaus nehmen Inserate entgegen.

### Abonnements

auf das „Kreisblatt“ werden jederzeit von den Kaiserl. Post-Anstalten, auf dem Lande auch von den Landbriefträgern, den Ausgabestellen, den Ausbringern, sowie von der Expedition (Altenburger Schulplatz 5) entgegengenommen.

Merseburg, den 15. Januar 1891.

### Abriistung.

Seitdem Kaiser Wilhelm II. den deutschen Kaiserthron bestiegen hat, ist schon zu wiederholten Malen das Gerücht ausgeht, der Kaiser strebe nichts Geringeres an, als eine Abriistung in ganz Europa. Daß eine solche Arbeit der Mühe werth wäre, ist selbstredend; daß dem Kaiser, welcher es verstände, die europäischen Nationen auf friedlichen Wege von der durftbarsten Last des Militärdrucks zu befreien, die Geschichte wüßte den Ehrennamen „des Großen“ zuerkennen würde, nicht minder; aber man muß doch immer einen Unterschied machen zwischen dem Möglichen und dem Unmöglichen. Es ist bemerkenswerth, daß die Gerüchte, welche den deutschen Kaiser als Bahnbrecher einer neuen Friedenssära hinstellen, ihren Ausgang aus der europäischen Metropole nehmen, in welcher noch vor drei Jahren der damalige Prinz Wilhelm von Preußen als Haupt der Militär- oder Kriegspartei in Berlin galt, aus Paris. Und mehr noch, man glaubt an der Seine auch an diese Gerüchte, man zweifelt gar nicht daran, daß der hochstrebende Sinn des deutschen Kaisers darauf gerichtet ist, an der Spitze des mitteleuropäischen Friedensbundes die Abriistung in Europa herbeizuführen, und damit sich einen hervorragenden Platz in der Weltgeschichte zu sichern. Die Franzosen sind heute fastisch so weit gekommen, daß sie dem deutschen Kaiser Alles zutrauen. Diese Annahme beherrscht nicht etwa bloß die unteren Klassen oder politisch wenig gebildete Personen. Selbst im Parlament ist wiederholt die Frage der Abriistung zur Sprache gebracht, und vom Ministerpräsidenten Freycinet dahin beantwortet, daß eine Verminderung auf absehbare Zeit nicht an eine Verminderung seiner Heeresmacht denken könne. Trotz dieser Darlegungen dauern aber die Zeitungserörterungen über den Gegenstand fort, werden heute sogar mit größerem Eifer, als je zuvor, geführt. Es wird behauptet, Kaiser Wilhelm habe den Kaiser Franz Joseph von Oesterreich und den König Humbert von Italien gänzlich für seinen Plan gewonnen und trage sich mit dem Gedanken, einen europäischen Föderationskongreß zu berufen, auf welchem die Abriistung beschlossen werden solle. Dieser Beschluß solle dann Frankreich unterbreitet, und es im Guten oder Schlimmen zur Annahme bewegen werden. Die Franzosen fallen leicht aus einem Extrem in das Andere. Ganz selbstverständlich ist für die Pariser Zeitungen natürlich, daß die französische Republik niemals einen solchen Beschluß annehmen werde, aber sie halten, und das ist das Bemerkenswerthe, es gar nicht für ausgeschlossen, daß ein solches Anstehen einmal an Frankreich herantreten könne, und fühlten sich in dem Glauben recht unbeschädigt.

Der deutsche Kaiser ist ein mächtiger Fürst, nicht mit Unrecht nennt man ihn den mächtigsten Monarchen in Europa, und auch in der Zahl der friedliebenden und den Frieden fördernden Potentaten steht er obenan. Aber es giebt Verhältnisse, denen auch seine Macht nicht gewachsen ist, und zu diesen gehört die Frage der Abriistung. Einen Wechsel zu schaffen hierin, ist allein die Zeit im Stande. Deutschland wird ein wenig allein, wie im Verein mit seinen Bundesgenossen Frankreich oder Rußland bewegen können, freiwillig ihre Heeresmacht zu mindern, wir

können auch nicht annehmen, daß jene beiden Staaten einem von uns gegebenen Beispiel folgen werden. Auf den Großmuth unserer Fürsten zu bauen, ist sehr wenig ratsam, und daß wir in Frankreich nur Freunde, in Rußland mehr als genug Feinde haben, ist hinreichend bekannt. Zur Abriistung oder zur Innehaltung der Rüstungen kann nur Mangel an Geld und an Menschen die Regierungen und Staaten zwingen, und von diesem Moment sind wir nicht mehr so sehr weit entfernt. Das Garrecht hat in den letzten Jahren so enorme Schulden neu sich auf den Hals geladen, daß die Dinge nicht mehr lange so fortgehen können, und Frankreich, so reich es auch ist, kann doch nicht alles Geld in die Arme stecken, kann doch keine Retorten aus dem Boden stampfen, wenn alle wehrfähigen jungen Leute bereits zur Arme berufen sind. Einmal wird die Kriftis auch über die europäischen Staaten hereinbrechen, und jede Regierung ist sich klar darüber, welche Folgen sich dann für sie ergeben.

Wie die Dinge heute liegen, bedeutet sofortige Durchführung der Abriistung sofortigen Krieg. Darüber braucht man sich keiner Lausung hingeben, und zwar würde und müßte dieser Krieg von vornherein ein europäischer Krieg sein. Seine Kosten an Menschenleben und Geld würden unermeßlich sein, so erhebliche, daß auch der Sieger viel großer Nutzen erlöhnte. Das weiß man in allen Hauptstädten, und das ist ein besserer Schutz gegen den Krieg, als die unbeschreibbare Abriistung. Im Uebrigen ist es vortheilhaft, daß die Franzosen mehr und mehr sich daran gewöhnen, mit Respekt nach Berlin zu schauen. Vielleicht befristigt auch dieser Respekt nach und nach schon ihre Revanchewünsche, wenn allerdings an ihre gänzliche Beilegung nicht zu denken ist. Der wahre Hintergedanke der Weltungen über die Abriistung ist ein anderer, als den Kaiser gegen Deutschland neu zu schüren. Aber das Mittel ist etwas verfehlt, es mehr auch zugleich die Achtung vor der Person des deutschen Kaisers. Kaiser Wilhelms Wunsch wird es sicherlich sein, eine Erleichterung der drückenden Finanzlage, die ihm ja recht wohl befallen ist, eintreten zu lassen, aber der Kaiser steht zu sehr auf dem Boden praktischer Gedanken, als daß er ein Werk angreifen möchte, welches dem deutschen Reiche nicht den leinsten Vortheil bringen würde, sondern nur eine Verleugnung der guten Absicht zur Folge hätte. Eine Abriistung in Europa werden wir schwerlich so bald haben, aber voraussichtlich Frieden bis ins neue Jahrhundert hinein!

### Politische Tagesfragen.

□ Kaiser Wilhelm ist am Dienstag Abend von der Ostseeabfahrt, welche er am genannten Tage zur Besichtigung der Jahrmarschverhältnisse zwischen Swinemünde und Stettin unternommen hatte, wieder in Berliner Schiffe eingetroffen. Der Ausflug des Monarchen, über welchen sich derlei recht befriedigt geäußert hat, dürfte verschiedene praktische Verwaltungsmaßnahmen zur Folge haben.

□ Ueber die Stellung Kaiser Wilhelms zu den Getreidezöllen wird jetzt etwas Genaueres bekannt. Der Kaiser stimmt einem Schutz der Landwirtschaft prinzipiell zu, ist also für landwirtschaftliche Zölle. Auf der anderen Seite ist er aber auch der Ansicht, daß der Schutz der Landwirtschaft nicht so weit gehen dürfte, daß dabei die allgemeine Lage der Bevölkerung völlig außer Acht gelassen wird. Da thatsächlich eine milde wirtschaftliche Lage für viele Kreise besteht, hält es der Kaiser für angemessen, eine Milderung durch Ermäßigung der Kornzölle herbeizuführen, indem er der Ansicht ist, daß ein etwaiger Schaden der Landwirtschaft nicht entfernt so erheblich sein wird, als der Nachtheil ist, welchen die große Menge der Bevölkerung von den hohen Lebensmittelpreisen schon gehabt hat, die auch der Industrie vortheilhafte Reflexen in Folge der allgemeinen Lohnverhörungen gebracht haben. Auf diesem Standpunkt steht auch der Reichstagler, und eben deshalb ist im deutsch-

österreichischen Handelsvertrag eine Ermäßigung der Getreidezölle in Aussicht genommen.

□ Der von der freisinnigen Partei im Reichstage eingebrachte Antrag auf Aufhebung des im Jahre 1883 erlassenen Einfuhrverbots von amerikanischen Schweißblech, Wärrin u. i. m. wird, wie es heißt, die Zustimmung des Bundesrathes nicht finden, auch wenn er im Reichstage angenommen werden sollte.

□ Es wird von gut unterrichteter Seite mitgetheilt, daß dem preussischen Abgeordnetenhaus in dieser Session schon ein Gesetzentwurf betr. die Aufhebung des Wellenfonds (Reptilienfonds) zugehen wird. Da alle Parteien in dieser Sache derselben Ansicht sind, wird die Erledigung der Vorlage keine nennenswerthen Schwierigkeiten machen.

□ Die belgischen Arbeiter wollen jetzt den Kampf um das allgemeine Wahlrecht, wie es im Deutschen Reiche schon seit dessen Erleichterung besteht, mit aller Energie wieder aufnehmen. Eine Mehrheit für dasselbe ist heute in den belgischen Kammern aber nicht vorhanden, sowohl Liberale, wie Konservative sind gegen eine solche Ausdehnung des Wahlrechts, das sofort einer großen Zahl von Arbeitervertretern den Eintritt in das Parlament bringen würde. Der Widerspruch wird freilich bei den Arbeitern wenig Eindruck machen, denn nirgends ist es mit einer Arbeitergeheule so traurig bestellt, wie in Belgien, wo von durchgehendem Arbeiterstich eigentlich keine Spur zu bemerken ist.

□ In Paris herrscht ziemlich Jubel darüber, daß die neue dreiprocentige französische Staatsanleihe im Betrage von 840 Millionen Frs. sehr schnell abgezeichnet ist. Die Journale hatten sogar eine vierzählige Ueberzeichnung angekündigt, aber daraus ist nichts geworden. Wenn man daran denkt, daß nennlich die Berliner dreiprocentigen Anleihen im Betrage von rund 250 Millionen nur ein paar Male überzeichnet wurden, so ist der Unterschied allerdings sehr erheblich. Er erklärt sich aber leicht. Frankreich ist notorisch reich, als Deutschland, besitzt vielleicht fünfshundert Mal so viel Rentiers, wie das Deutsche Reich. Dann aber ist man jenseits der Gogelen schon seit Menschenaltern daran gewöhnt, das Geld in einheimischen Staatspapieren mit niedrigen Zinsen anzulegen, während bei uns nach höheren Zinsen getrieben wird. Wären nicht so entsetzliche Summen deutschen Kapitals in ausländischen Papieren angelegt, so würden auch bei uns die Anleihergebnisse ganz andere sein. Endlich aber kann ein französischer Familienvater auch aus natürlichen Gründen mehr Geld anlegen, wie ein deutscher. In Frankreich sind Familien mit mehr als zwei Kindern verhältnismäßig rar, in Deutschland hingegen ist die Zahl der Familien mit weniger als zwei Kindern verhältnismäßig gering. Wo soll bei einem Häuflein Kinder das Geldinterlegen so leicht gelingen.

□ Eine wichtige Nachricht kommt aus Petersburg: Geheimrath Pobedonosow, der bekannte Führer der Stodtruppen, der erbitterte Gegner aller modernen Aufklärung, ist zum russischen Kultusminister ernannt. Das ist das Neuzugsgeschehen, welches der Gar seinem Volke darbietet, und in den Kreisen der Banalisten wird heller Jubel darüber sein. Der zum Minister berufene Fanatiker, der einen weitgehenden Einfluß auf den Kaiser Alexander ausübt und dem nun das russische Schulwesen ausgeliefert ist, scheint denselben, dem Deutschland in den Ostprovinzen Rußlands völlig den Gar aus zu machen und die Russifizierung Finnlands durchzuführen. Schonung haben die Rechte dieser Provinzen von Pobedonosow nicht zu erwarten.

### Neueste Nachrichten.

Deutschland. Berlin, 15. Jan. Kaiser Wilhelm nahm am Mittwoch in Berliner Schiffe die laufenden Vorträge entgegen und empfing am Nachmittage einer Einladung des Finanzministers Dr. Miquel zur Tafel. Am Abend besuchte der Kaiser das Theater.

— Aus Kiel war einem Blatte berichtet, Prinz Heinrich von Preußen solle längere Zeit im Ministerium des Innern in Berlin thätig sein. Natürlich ist davon kein Wort wahr. Wenn der Prinz in die innere Verwaltung hätte eingeführt werden sollen, wäre damit früher begonnen.

— Gegenüber verschiedenen Klagen, daß mit den staatlichen Vorarbeiten für den Dortmund-Ems-Kanal und die Oderkanalisierung erst nach vollständiger Sicherstellung der für den Grundraben erforderlichen Mittel Seitens der Interessenten begonnen werde, weist der Preuß. Staatsanzeiger darauf hin, daß durch Gesetz dem Staate die Verpflichtung auferlegt ist, nichts vor dieser Sicherstellung zu unternehmen.

— Aus den Kommissionen. Die Socialkommission des Reichstages hat die Berathungen der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz begonnen. Beschlossen wurde ein wesentlicher Zusatz, welcher besagt, daß auch Dienstboten, sowie das in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigte Gesinde durch statistische Bestimmung einer Gemeinde dem Versicherungszwange unterworfen werden können. — Die Budgetkommission des Reichstages genehmigte am Mittwoch mehrere kleinere Etats. Seitens der Regierung wurde mitgetheilt, daß die Zeitungsberichte über die Verhandlung deutscher Seelerte durch nordamerikanische Polizisten übertrieben seien. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Am Mittwoch hat auch die Kommission zur Berathung des neuen Zundersteuergesetzes ihre Arbeiten begonnen. Im preussischen Abgeordnetenhaus haben die Kommissionen für das Volksschulgesetz und die Landgemeindevorordnung wieder eine Reihe von Paragraphen angenommen.

— Bei der Erziehung zum preussischen Landtage im Wahlkreise Magdeburg wurde der Centrums-Kandidat Landgerichtsrath Spahn-Vom ohne Widerstand gewählt.

— In der ersten Hälfte des laufenden Jahres finden 29 Erziehungswahl für die zweite sächsische Kammer statt. 14 Wahlkreise gehören den Konservativen, 5 den National-Liberalen, 4 den Freisinnigen, je 3 den sächsischen Fortschrittlichen und den Socialisten.

— Es ist die Rede davon, daß der Oberpräsident von Pommern, Graf Behr-Regendanz, zum 1. April aus seinem Amt scheiden und späterhin durch den heutigen Reichstagssekretär Freyherren von Malchahn-Gilg ersetzt werden wird. Die Leitung der Reichsfinanz soll zugleich Dr. Miquel übernehmen. Daß das Letztere eintritt, ist wohl zweifellos. Ob aber schon so bald, das ist eine andere Sache.

— In Berlin haben die Socialdemokraten jetzt eine Agitation für die Errichtung einer Parteiagitationsschule begonnen. Vorläufig sind aber noch die Mittel hierfür aufzubringen.

— Auf Grund der Beschlüsse des preussischen Lehrtages, welcher zwischen Weihnachten und Neujahr in Magdeburg abgehalten wurde, ist nunmehr vom geschäftsführenden Ausschusse des Landesvereins preussischer Volksschullehrer ein Vitzgesetz ausgearbeitet und an den Minister von Gogler und die beiden Häuser des Landtages, sowie an jedes einzelne Mitglied desselben gelangt worden. Dieses Vitzgesetz enthält die Beschlüsse des Lehrtages mit kurzer Begründung.

— Der Preussische Staatsangeiger konstatirt, daß kein preussischer Grenzbeamter sich von Auswanderungs-Agenten haben bestochen lassen, wie das in Rußland und Oesterreich in letzter Zeit wiederholt vorgekommen ist.

— In parlamentarischen Kreisen in Berlin nimmt die Ansicht zu, daß auf Grund der Zustimmung, daß das Gesamtministerium die Instanz abgeben solle für die Erklärung der Nothwendigkeit des Zusammenlegens mehrerer Gemeinden resp. Gutsbezirke, und nicht allein das Ministerium des Innern, eine Verabredung über die neue Landgemeindevorordnung auf der Basis der Regierungsvorlage erfolgen werde.

(Haupt- und Land-...  
Das „Merseburger Kreisblatt“...  
Abonnementspreis...  
Anzeigen-Nachnahme...  
Insertions-Gebühr...  
Abonnements...  
Merseburg, den 15. Januar 1891...  
Abriistung...  
Politische Tagesfragen...  
Neueste Nachrichten...  
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt...  
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-1708082118910116-17/fragment/page=0001





